



## Zukunftspaket wird auf die Schiene gesetzt

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie stellen Bürgerinnen und Bürger sowie viele Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen. Jetzt geht es darum, dass die Wirtschaft schnell wieder an Schwung gewinnt. Dazu werden schnell wirkende konjunkturelle Stützungsmaßnahmen umgesetzt. Das Zweite Zukunftspaket bündelt dabei die Maßnahmen, die sehr schnell greifen sollen. Dabei ist es sinnvoll, die aufgrund der Corona Pandemie geschwächte Kaufkraft zu stärken. Unternehmen werden zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Erholung mit gezielten Maßnahmen unterstützt. Mit der Einführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter, der Verbesserung der Möglichkeiten der Verlustverrechnung und der Erhöhung der steuerlichen Forschungszulage werden zusätzliche Investitionsanreize gesetzt. Inhalte des Paketes sind u.a.:

- Die Umsatzsteuersätze werden befristet vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 von 19 auf 16 Prozent und von 7 auf 5 Prozent gesenkt.
- Die Fälligkeit der Einfuhrumsatzsteuer wird auf den 26. des zweiten auf die Einfuhr folgenden Monats verschoben.
- Für jedes im Jahr 2020 kindergeldberechtigte Kind wird ein Kinderbonus von 300 Euro gewährt.
- Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wird befristet auf zwei Jahre von derzeit 1 908 Euro auf 4 008 Euro für die Jahre 2020 und 2021 angehoben.
- Der steuerliche Verlustrücktrag wird für die Jahre 2020 und 2021 auf 5 Mio. Euro bzw. 10 Mio. Euro (bei Zusammenveranlagung) erweitert sowie ein Mechanismus eingeführt, um den Verlustrücktrag für 2020 unmittelbar finanzwirksam schon mit der Steuererklärung 2019 nutzbar zu machen.
- Einführung einer degressiven Abschreibung in Höhe von 25 Prozent, höchstens das 2,5-fache der linearen Abschreibung, für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die in den Jahren 2020 und 2021 angeschafft oder hergestellt werden.
- Bei der Besteuerung der privaten Nutzung von Dienstwagen, die keine Kohlendioxidemission je gefahrenen Kilometer haben, wird der Höchstbetrag des Bruttolistenpreises von 40 000 Euro auf 60 000 Euro erhöht.
- Vorübergehende Verlängerung der Reinvestitionsfristen des § 6b EStG um ein Jahr.

Bewusst wurden in das Zukunftspaket nicht nur klassische Konjunkturmaßnahmen wie die Senkung des Mehrwertsteuersatzes oder Überbrückungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen aufgenommen. Vielmehr liegt der Schwerpunkt auf Fördermaßnahmen, die einen Modernisierungsschub auslösen sollen. Investiert werden soll in Innovationen, etwa in die Digitalisierung, die Quantentechnologie oder die Nutzung von Wasserstoff. Die Maßnahmen des gesamten Zukunftspaketes haben einen Umfang von 130 Milliarden Euro, von denen der Bund den Löwenanteil finanziert, nämlich 120 Milliarden.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



seit Dienstag kann die Corona-Warn-App der Bundesregierung heruntergeladen werden. Wie viele andere gehöre auch ich bereits zu den Nutzern der Anwendung. Die App ist kein Allheilmittel, aber sie kann, wenn wir im Team arbeiten,

einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, das Virus einzudämmen.

Dabei kommt es auf jeden einzelnen von uns an und daher hoffe ich, dass viele Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Warendorf mitmachen und die App auf ihr Handy laden. Denn so können wir Infektionsketten schneller und umfassender erkennen und effektiv unterbrechen.

Fragen rund um die App werden unter [www.bundesregierung.de/breg-de/themen/corona-warn-app](http://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/corona-warn-app) beantwortet.

Darüber hinaus gab es am Mittwoch gute Nachrichten für die Bustouristik. Nach langem Tauziehen kommen nun endlich konkrete und passgenaue Hilfen. Hierfür habe ich mich als Mitglied des Verkehrsausschusses in zahlreichen Gesprächen stark gemacht. Neben den Überbrückungshilfen wird den Betroffenen noch im Juli 2020 ein zusätzliches Förderpaket in Höhe von 170 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Darüber bin ich sehr erleichtert, denn auch viele Bus-Unternehmen aus dem Kreis Warendorf haben während der vergangenen Monate stillstehen müssen und unter den fortlaufenden, hohen Vorhaltekosten gelitten. Das Programm wird den Zeitraum von Mitte März bis Ende Juni abdecken.

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und ein schönes Wochenende. Bleiben Sie gesund!

Ihr

Reinhold Sendker MdB

## Truppenabzug als Druckmittel auf Deutschland nicht akzeptabel

Entscheidung schwächt Interessen der USA und der NATO



**Von US-Präsident Donald Trump wurden am Dienstag Pläne bekräftigt, rund 9000 US-Soldaten aus Deutschland abzuziehen. Dazu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, Jürgen Hardt:**

„Mit seiner offenkundig erfolgten Entscheidung, US-Truppen aus Deutschland abzuziehen, belastet US-Präsident Trump das transatlantische Verhältnis weiter. Er nutzt eine strategische Truppenpräsenz als Drohmittel, um politische Entscheidungen in anderen Bereichen wie der Energiepolitik durchzusetzen.

Druck ist als Mittel in der Kommunikation unter Freunden nicht akzeptabel. Mit dieser Entscheidung erweist Trump allerdings in erster Linie seinem eigenen US-Militär einen Bärendienst. Denn die Standorte in Deutschland sind eine wichtige Drehschneibe für Logistik, medizinische Versorgung und für die Kommandostruktur der US-Streitkräfte weltweit. Dies unterstreichen auch die Vertreter des US-Militärs. Mit seinem unabgestimmten Vorgehen schadet er auch der Einigkeit und Schlagkraft des Bündnisses. Hierüber freuen sich in erster Linie Russland und China.

In den vergangenen Jahren hat Deutschland signifikant und stets überproportional in die notwendige Ausrüstung der Bundeswehr investiert. Wir haben uns 2014 gegenüber der NATO verpflichtet, die Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent zu erhöhen. Diesem Ziel sind wir in großen Schritten nähergekommen.

Diesen Weg will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion trotz der angespannten Haushaltslage in Corona-Zeiten fortsetzen. Es ist zu befürchten, dass Trump mit seinen Erpressungsmethoden eher den Kritikern dieses Kurses in Deutschland argumentativen Rückenwind gibt.

Der jetzige Vorstoß der USA ist ein Weckruf an uns Europäer, mehr in die europäische Verteidigung zu investieren und mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen. Dies muss auch in Zeiten von Corona oberste Priorität haben.“

*Foto: Katja-Julia Fischer*

## Nationale Wasserstoffstrategie beschlossen

9 Milliarden Euro für klimafreundliche Technologie

**Das Kabinett hat die erste Maßnahme des Aufbruchpakets beschlossen: Durch Milliarden-Zuschüsse und verbesserte Rahmenbedingungen soll Wasserstoff als klimafreundlicher Energieträger in Deutschland vorangebracht werden.**

Damit will die Bundesrepublik weltweit die Nummer 1 bei dieser Technologie werden. Ein neuer 25-köpfiger Nationaler Wasserstoffrat soll die Politik in Zukunft beraten. Die nun verabschiedete Strategie sieht neben den laufenden Förderprogrammen zusätzliche sieben Milliarden Euro dafür vor, dass sich Wasserstoff am Markt durchsetzt. Zwei Milliarden Euro stehen zudem für Konzepte mit internationalen Partnern insbesondere in Europa bereit.

Die Bundesregierung sieht bis 2030 einen Wasserstoffbedarf von ca. 90 bis 110 TWh. In einem ersten Schritt sollen in Deutschland bis 2030 Erzeugungsanlagen für Wasserstoff von bis zu fünf Gigawatt Gesamtleistung entstehen. Bis spätestens 2040 werden dann Elektrolyse-Kapazitäten von bis zu zehn Gigawatt aufgebaut – dies entspricht der Leistung von zehn Atomkraftwerksblöcken.

Bei der neuen Wasserstofftechnologie fallen keine Schadstoffe an, wie es bei der Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen der Fall ist. Vielmehr handelt es sich hier um eine nachhaltige Energiegewinnung: Aus Wasser wird der Energielieferant Wasserstoff herausgespalten, der nach Nutzung wieder zu Wasser rückgewandelt und dem Kreislauf wieder zugeführt wird.

Carsten Linnemann, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, begrüßt das Vorhaben ausdrücklich: „Wasserstoff ist ein zentraler Baustein zum Gelingen der Energiewende. Die heute verabschiedete Nationale Wasserstoffstrategie zeigt auf, wie die Potenziale von Wasserstoff gehoben werden können. Das Gebot der Stunde lautet dabei Technologie- und Sektorenoffenheit, um alle Potenziale möglichst zügig und effizient zu heben. Die Dekarbonisierung muss im Mittelpunkt stehen. Im nächsten Schritt ist die vorgestellte Strategie nun zügig umzusetzen und mit der im Sommer erwarteten Europäischen Wasserstoffstrategie zu verzahnen.“

In der Stahl- oder Chemieproduktion sollen so Brennstoffe wie Öl, Koks oder Gas perspektivisch durch Wasserstoff ersetzt werden, um auf diese Weise den Kohlendioxid-Ausstoß zu senken. Ähnliches gilt für den Schiffs-, Flug- und Schwerlastverkehr, der nur schwer elektrisch betrieben werden kann.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 10/2020,  
18 Juni 2020

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck